

Liebe Freundinnen und Freunde,

vergangenen Sonntag lief ich mit Luisa Neubauer durch den Dannröder Wald. Die gesamte Spitze von Fridays For Future war gekommen, um sich ein Bild von diesem schönen Eichen-Buchen-Laubwald zu machen, der für den Bau einer Bundesautobahn gerodet werden soll. Die mehr als 5.000 Menschen, die an diesem Tag gekommen waren, um für den Erhalt des Waldes und gegen die A49 zu demonstrieren, waren sich einig. Die Zeiten, in denen alte Wälder für Autobahnen gerodet werden können, sind vorbei.

Mich hat das Thema seit dem jeden Tag beschäftigt. Als Michael Kellner, der Bundesgeschäftsführer unserer Partei, in großen Schritten durch den Wald an uns vorbei trabte, um auf der Bühne eine energische Rede gegen die A49 zu halten, fragte man mich: was ist eigentlich aus den Grünen geworden? Sie fordern in Sonntagsreden den Stopp der Autobahn und schicken am Montag als Teil einer schwarz-grünen Landesregierung die Polizist*innen, die die Klimaaktivist*innen aus ihren Baumhäusern holen?

Gerade mir fällt es unglaublich schwer zu begründen, warum wir Grüne einen Wald roden müssen, um eine Autobahn zu bauen. Die alten Eichen im Dannröder Wald haben mich genauso beeindruckt wie mich die abgestorbenen Buchenkronen schockiert haben. Das Trinkwassereinzugsgebiet für mehr als 500.000 Menschen leidet jetzt schon unter Trockenheit. Wie wird es dem Wald und dem Trinkwasser erst gehen, wenn eine Autobahn mitten durch das FFH-Schutzgebiet hindurch führt.

Uns darf aber gerade bei diesen schmerzlichen, hoch emotionalen Themen eines nicht passieren: dass wir uns als ökologische Bewegung spalten lassen. Wir sind seit der letzten Bundestagswahl von 8 auf mehr als 20 Prozent in den Umfragen gestiegen. Wir stellen an uns den Anspruch, mit einem Bein auf der Straße, mit dem anderen im Parlament zu stehen. Wir wollen die Anliegen der Klimabewegung endlich in die Realität umsetzen und auf das Pariser Klimaabkommen endlich Taten folgen lassen. Dafür braucht es jetzt aber keinen innerparteilichen Streit und Schuldzuweisungen an Landesminister Tarek al Wazir für eine Bundestautobahn, während sich Scheuer in Berlin kaputt lachen kann, wie

leicht es ihm die Grünen und die Klimabewegung einmal mehr machen. Nein! Die einzige Konsequenz, wenn wir Wälder vor Rodung schützen, wenn wir die Verkehrswende umsetzen, wenn wir den Bau der A49 stoppen und den Bundesverkehrswegeplan neu schreiben wollen, lautet: wir müssen in die Bundesregierung! Lasst uns die Große Koalition beerdigen und Andreas Scheuer endlich auf die Straße setzen!

Wir Grüne sind nicht schuld an diesem Dilemma, wir sind die Lösung. Der sinnlose Ausbau von Straßen und das Vergraben von Geld hat System, das sehen wir auch im Ausbau der B469 hier im Landkreis Aschaffenburg. Die unterfränkische Grüne Bundestagsabgeordnete, Manuela Rottmann, und ich haben uns in dieser Woche in einer Pressemitteilung klar gegen den Ausbau der B469 ausgesprochen, für die mehr als 100 Millionen Euro in die Hand genommen werden sollen, um fünf Hektar Bannwald zu roden und zwei Standstreifen zwischen Stockstadt und Großostheim anzubauen. Das Planfeststellungsverfahren ist bereits eingeleitet. Während die Elektrifizierung der Maintalbahn, die Reaktivierung der Bachgaubahn und der Steigerwaldbahn dem Bund zu teuer ist, erklärte mir der Chef des staatlichen Bauamts in Aschaffenburg, Klaus Schwab, am Dienstag im Planungssenat, dass er die 100 Millionen, die nicht im Bundesverkehrswegeplan stehen, via Gelesen-Vermerk aus dem Bundesverkehrsministerium ohne jegliche Wirtschaftlichkeitsprüfung zugesichert bekommen habe. Liebe Freundinnen und Freunde, das kann nicht sein! Das darf nicht sein! Mit Eurer Unterstützung werde ich mein bestes geben, um den Ausbau der B469 zu verhindern, den Großostheimer Wald zu schützen, die Arbeitsgrundlage unserer staatlichen Bauämter auf den Kopf zu stellen und endlich die Verkehrswende im Bund durchzusetzen!

Der Wald liegt mir aber natürlich nicht nur am Herzen, weil ich ihn vor dem Bau von Autobahnen schützen möchte. Der letzte wirkliche Waldexperte im Deutschen Bundestag war Josef Göppel von der CSU, der Zeit seines Wirkens für den Schutz des Waldes, der ein Drittel unserer Landesfläche bedeckt, eingetreten ist. In der jetzigen Grünen Bundestagsfraktion ist Harald Ebner für den Wald zuständig, den ich gut kenne und seine Arbeit sehr schätze. Dennoch hat er als Bio-Landwirt keinen direkten forstlichen

Hintergrund, diese Lücke möchte ich als angehender Förster gerne füllen. Warum?

Derzeit folgt eine Schlagzeile auf die nächste. In Kalifornien brennt der Wald, in Brasilien rodet Bolsonaro für die Soja-Plantagen und in Polen geht es den letzten großen Urwäldern Europas an den Kragen. Dabei ist der Wald, gerade auch in Deutschland, so wichtig für Klimaschutz und Klimaanpassung wie nie zuvor. Er kühlt die Atmosphäre, schwächt den Treibhauseffekt ab, hält Wasser bei Starkregenereignissen zurück und schützt damit vor Überflutungen. Gleichzeitig steht der Wald unter Stress, die Buchen trocknen ab, die Fichten fallen dem Borkenkäfer zum Opfer und die Eiche wird von Schwamm- und Eichenprozessionsspinnern bedroht. Gleichzeitig wollen wir Holz für den Klimaschutz nutzen, mit Holz bauen, um Zement als zweitgrößten CO₂ Emittenten in Deutschland zu substituieren. Und auf der anderen Seite frisst das Wild, dessen gezielte Bejagung in den letzten Jahren und Jahrzehnten komplett vernachlässigt wurde, große Teile der Naturverjüngung ab. Da möchte man als Förster fast nur noch die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

Aber genau das ist der Punkt. Die Ansprüche an den Wald, die Herausforderungen, vor denen die Forstleute stehen, werden immer größer und gleichzeitig drückt sich die Politik davor, diese politisch zu diskutieren und zu beantworten. Die Große Koalition hat keine Strategie wie sie die Nutzungsansprüche mit dem Schutzbedürfnis des Waldes vereinbaren will. Sie traut sich nicht an das Bundesjagdgesetz heran, das in großen Teilen noch dem Reichsjagdgesetz aus dem Jahr 1934 gleicht. Und sie trauen sich erst Recht nicht, sich mit der mächtigen Zementindustrie anzulegen. Das wird eine Herkules-Aufgabe, in der kommenden Legislatur all das aufzuarbeiten, was die Bundesregierung liegen gelassen und damit den Wald in die heutige Situation manövriert hat.

Wenn wir Holz für den Holzbau nutzen wollen, braucht es eine grundlegende Neuausrichtung unserer Forstwirtschaft. Die Fokussierung auf das Bauholz Fichte läuft zwangsläufig aus. Unser städtischer Forstamtsleiter hat mir zuletzt berichtet, den gesamten Fichteneinschlag, den er auf der Hohen Warte in Folge des Käferbefalls aus dem Wald fahren musste, komplett nach China verkauft zu haben – weil es hier keine Abnehmer mehr gibt. Der Markt ist überflutet. Statt vormals 70€ je

Festmeter Fichte bekommt er heute noch 3€. Die Forstwirtschaft liegt komplett am Boden, hier muss der Bund helfen und Ländern, Kommunen und Privatwaldbesitzern mit einem Rettungsschirm unter die Arme greifen. Der Bund muss den Ländern rechtliche Rückendeckung geben und dafür sorgen, dass Käferfichten stehenbleiben können. Die kahlschlagmäßige Rodung ganzer abgestorbener Fichtenbestände macht einfach keinen Sinn mehr. Die Überflutung des Holzmarktes muss abgebremst, die Preise stabilisiert und die Einzelbaumnutzung wieder hochgefahren werden. Der Bund muss bundesweit die Wissenschaft fördern, um stabiles Bauen auch mit anderen Baumarten möglich zu machen. In Österreich bauen sie schon Hochhäuser aus Holz, in Deutschland bringt die Große Koalition höchstens ein stammelndes „Aber der Brandschutz“ hervor. Die Marktanreizprogramme der BaFa für das Heizen mit Holz müssen sofort eingestellt werden. Wir brauchen erneuerbare Wärme aus Sonne und Wind, statt aus Holz und Briketts. Eine starke CO2 Steuer muss dafür sorgen, dass sich Bauen mit Holz mehr lohnt, als es zu verbrennen. Durch die Etablierung einer allumfassenden Kaskadennutzung muss es gelingen, dass Holz immer erst stofflich genutzt und damit CO2 lange gebunden wird bevor es am Ende seiner Lebenszeit energetisch verwertet wird. Und wir müssen Holz sparen, wo es geht. Dass Deutschland heute einen Papierverbrauch hat, der so groß ist wie der von Afrika und Südamerika zusammen, spricht Bände über den Fortschritt der Digitalisierung in Deutschland! Damit muss Schluss sein!

Im Jagdgesetz muss den Forstleuten endlich die Rückendeckung gegeben werden, die sie brauchen, um in Eigenregie die Wildbestände zu senken und die Devise „Wald vor Wild“ in die Tat umzusetzen. Und wir haben hier auch nicht mehr die Zeit, um ein, zwei, drei Legislaturperioden zu diskutieren wie wir es genau machen. Das Hobbyjagdsystem in Deutschland liegt am Boden und wird der Lage im Wald nicht mehr Herr. Hier darf es auch nicht sein, dass in jedem Ort jeder Förster alleine vor sich hin gegen den Jagdpächter kämpft. Der Bund muss endlich Verantwortung übernehmen, alle an einen Tisch holen, die willigen Jäger mitnehmen und ihnen professionelle Berufsjäger zur Seite stellen. Die Abschusspläne müssen energisch heraufgesetzt und die Erfolge der Jagd penibel überwacht werden. Gleichzeitig fordere ich auch, dass jeder Jäger alle zwei Jahre zum Schießtest muss. Es kann nicht sein, dass heute ein 80-jähriger

Großvater, der im letzten Jahrhundert einmal die Jagdprüfung bestanden hat, bis zum Ende seiner Tage munter drauf los schießen darf! Das wird für uns als Grüne Partei auch kein leichtes Thema werden, aber es ist notwendig, dass wir mit den Jägern reden und das Beste für den Wald herausholen.

Und letztlich müssen wir den Wald auch vor Übernutzung schützen und alte, wertvolle Bestände aus der Nutzung nehmen, um einen Hotspot der Artenvielfalt zu schaffen. Wir haben uns einst als Bundesrepublik in Rio verpflichtet, 5 Prozent unserer Wälder aus der Nutzung zu nehmen. Davon sind wir immer noch sehr weit entfernt. Wir haben in Deutschland ein nationales Interesse an dem Schutz artenreicher Wälder, die bedrohten Arten Lebensraum und Zukunft geben. Deshalb dürfte die Einführung eines Nationalparks wohl die beste aller Schutzoptionen sein. Der Steigerwald muss Nationalpark werden und auch im Spessart müssen endlich die wertvollen Buchenhabitats am Metzger und im Heisterblock zu Schutzwäldern erklärt werden.

Bäume sind aber nicht nur im Wald gut aufgehoben, sondern auch in der Landwirtschaft. Zusammen mit einigen Kolleginnen und Kollegen gehöre ich zu den Pionieren der Agroforstwirtschaft und bin dadurch näher an die Landwirtschaft herangerückt. Wir versuchen mit dem Pflanzen von Bäumen auf Äckern und Weiden Schatten zu generieren, der vor Austrocknung und Erosion schützt, Ernten absichert und Weidehaltung im heißen Sommer noch möglich macht. Die Landwirtschaft ist wie viele andere Industriezweige verfangen im Hamsterrad des immer größer und immer schneller, spürt aber die Klimakrise mit am meisten dieser Tage. Wir brauchen eine regionale Landwirtschaft, die vor Ort das produziert, was wir konsumieren. Das können wir auf der einen Seite mit der CO₂ Steuer und einem professionellen Regionalitäts-Marketing fördern, Infrastruktur vom Schlachthof bis zur Mälzerei bereitstellen und damit lange, klimaschädliche Produktionswege unterbinden. Auf der anderen Seite müssen wir auch schauen, wie wir im trockenen Unterfranken überhaupt noch Landwirtschaft betreiben können. Hier können Agroforstsysteme neben weiteren agrarökologischen Modellen das Gegenbild zur fortschreitenden Industrialisierung der Landwirtschaft sein. Damit das gelingt, Landwirte mitmachen, sich nicht übergeben, sondern mitgenommen fühlen und am

Ende von lokal und ökologisch produzierten Lebensmitteln leben können, braucht es eine Bundesregierung, die die Verhandlungen für die nächste Förderperiode der Europäischen Agrarpolitik endlich energisch für die Kleinbauern, für die Agrarökologie und für Klimaschutz in der Landwirtschaft führt. Die CSU/CDU als vermeintliche Bauernpartei hat sich davon in den letzten Jahrzehnten immer weiter entfernt und eine Agrarpolitik betrieben, die immer größere, immer trockenere, immer erodiertere Äcker hinterlassen hat. Wer dieser Tage durch Brandenburg fährt, dem fliegen erstmal die Böden um die Ohren, man wird dort komplett eingestaubt. Hier braucht es endlich wieder mehr Struktur, Bäume und Büsche in der Landschaft, die Erosion verhindern und Lebensraum schaffen. Wir müssen weg vom immer größer, der Fleischkonsum muss durch eine entsprechende CO₂-Steuer oder einen Mindestpreis massiv zurückgefahren werden und kleinbäuerliche Strukturen am Leben erhalten werden. Sonst gefährden wir nicht nur weiter das Klima, sondern auch mittelfristig unsere eigene Ernährungssouveränität. Die Afrikanische Schweinepest hat inzwischen Deutschland erreicht, bis sie nach Bayern kommt, ist nur eine Frage der Zeit. Schon jetzt haben asiatische Länder den Import deutschen Schweinefleischs zurückgefahren oder gar gestoppt. Bevor wir jetzt wieder mit Milliarden beginnen, eine nicht mehr zukunftsfähige, tierquälende Großproduktion von Fleisch ala Tönnies am Leben zu erhalten, sollten wir die Schweinepest als Chance verstehen und Rettungsgelder mit dem Umbau des Betriebes hin zu einer ökologischen, artengerechteren Viehhaltung verknüpfen.

Auch wenn die Proteste von Land schafft Verbindung in Zeiten von Corona zurückgegangen sind, ist es noch nicht lange her, dass mehrere Hundert Traktoren vor unserem Neujahrsempfang mit Robert Habeck demonstriert haben. Ich nehme die Sorgen der Landwirte ernst und will mit ihnen neue Konzepte ausprobieren und ihnen dafür die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Klimaschutz, Regionalität, Agroforst, das sind die Schlüssel für die Zukunft der Landwirtschaft. Landwirtschaftsminister Christian Schmidt erklärte seinerzeit die vegane Currywurst zum größten Problem der Landwirtschaft, ihm folgte Julia Klöckner, die auf die Mündigkeit und selbstständige Entscheidung der Konsumenten setzt. Wenn aber das eine auf Kosten von Tier & Umwelt nur einen Bruchteil kostet wie das andere, ökologisch produzierte, bleibt dieser Wettkampf aussichtslos.

Lasst uns an der Seite der Landwirte für die Agrarwende eintreten und das Duckmäusertum der Großen Koalition endlich beenden.

Vor uns steht ein Bundestagswahlkampf, dessen Ergebnis entscheidend ist für den Fortgang der Klimakrise, aber auch wie es nach der Coronakrise weitergeht, wie wir die Hebel richtig stellen in Richtung Klimaschutz und Regionalität. Wie wir der Veranstaltungsbranche wieder auf die Beine helfen, wie wir die Autoindustrie in die Mobilität der Zukunft führen, wie wir Punkte in der Bodenpolitik machen und kommunalen, bezahlbaren Wohnraum überhaupt mal wieder am Horizont sichtbar machen können.

Ich werde als Euer Bundestagskandidat auf der einen Seite meine Expertise in der Land- und Forstwirtschaft in die Bundespolitik einbringen, auf der anderen Seite aber auch immer hier vor Ort für Euch die Grüne Fahne hochhalten, wenn es um die Verkehrswende, die Kultur, die Freiräume für junge Menschen, das würdige Altwerden und die Arbeitsplätze der Zukunft am bayerischen Untermain und den Anschluss an den Rhein-Main-Verkehrsverbund geht. Ich will mit Euch einen Wahlkampf machen, der die Leute dort abholt, wo sie sind, der sie in den Grünen Zug für eine verheißungsvolle Zukunft aufspringen lässt und Lust macht, mitzugestalten und mitzuregieren.

Mit meiner Erfahrung aus dem letzten Bundestagswahlkampf, meiner Lust mit Euch die SPD endgültig von Platz zwei zu verdrängen und Andrea Lindholz möglichst viele Wählerstimmen abzugewinnen, bewerbe ich mich bei Euch als Euer Grüner Direktkandidat.

Der Bayerische Untermain ist derzeit mit keinem Grünen Mandat im Landtag oder Bundestag vertreten. Ich möchte mit Eurer Unterstützung als zweiter Unterfranke für die bayerische Landesliste der Grünen kandidieren und in die großen Fußstapfen treten, die Christine Scheel hinterlassen hat.

Ich habe großen Respekt vor der Aufgabe, aber auch wirklich große Lust, mit Euch für Aschaffenburg, für den Bayerischen Untermain, für Unterfranken und für den Wald nach Berlin zu gehen!

Danke Euch!